

Bundestagswahl 2017

Weichenstellung fürs Gesundheitssystem

Immer wieder hört man, dass es kaum noch inhaltliche Unterschiede zwischen den etablierten Parteien gebe. Doch für die Gesundheitspolitik gilt das nicht: Die Bundestagswahl am 24. September stellt die Weichen für die Zukunft der medizinischen und zahnmedizinischen Versorgung.

Die SPD hat sich mit ihrem Kanzlerkandidaten Martin Schulz klar für die Einführung einer Bürgerversicherung ausgesprochen. Konkret heißt das: eine Versicherungsart für alle Bürger. Die bisherige Unterscheidung in „gesetzlich“ und „privat“ soll abgeschafft werden. Das klingt erst einmal gut und vor allem gerecht. Die SPD verspricht das „Ende der Zwei-Klassen-Medizin“ und weiß mit ihrer Forderung auch die Grünen und die Linkspartei an ihrer Seite.

„Gleich“ heißt nicht „gleich gut“

Doch die Bürgerversicherung hat ganz erhebliche Risiken und Nebenwirkungen, die auf keinem Beipackzettel stehen. Denn „gleich“ heißt nicht automatisch „gleich gut“. Bislang profitieren nämlich auch die gesetzlich Versicherten von den höheren Honoraren, die privat Versicherte zahlen. Wenn eine Praxis oder ein Krankenhaus einen neuen Computer-Tomographen für spezielle Röntgenuntersuchungen anschafft,

muss sich diese Investition rechnen. Nur mit gesetzlich versicherten Patienten ist das oft gar nicht möglich. Es besteht also die Gefahr, dass bei Einführung einer Bürgerversicherung mit einer einheitlichen Gebührenordnung Investitionen in neue Technologien oder Verfahren unterbleiben.

Besonders stark betroffen wäre davon die Zahnmedizin. Eine durchschnittliche deutsche Zahnarztpraxis erwirtschaftet heute 50 Prozent ihres Umsatzes mit Leistungen, die von der gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt werden. Die weiteren 50 Prozent des Umsatzes stammen von privat versicherten Patienten und von Leistungen, für die gesetzlich Versicherte private Zuzahlungen leisten.

Fortschritt kostet Geld

Der medizinische Fortschritt wäre durch eine Bürgerversicherung in Gefahr. Bislang ist es nämlich so, dass in der Zahnmedizin die meisten Innova-

tionen privat abgerechnet werden. Oft dauert es Jahre, bis neue Verfahren in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufgenommen werden. „Eine Bürgerversicherung kann dazu führen, dass Deutschland in der Zahnmedizin den Anschluss an die Weltspitze verliert“, warnt deshalb eine Arbeitsgemeinschaft, zu der sich sechs Kassenzahnärztliche Vereinigungen zusammengeschlossen haben (AG KZVen). Sie verweist auf das Beispiel der Automobilindustrie: Auch dort würden neue Technologien zuerst in den Premiummodellen eingesetzt. „Wenn man BMW, Audi oder Mercedes gesetzlich verbietet, solche Modelle zu produzieren, gefährdet man damit auch den technischen Fortschritt“, argumentiert die AG KZVen.

Geht es nach der AG KZVen, sollte die Politik nicht am bewährten „dualen“ System von gesetzlicher und privater Krankenversicherung rütteln. „Deutschland nimmt bei der Mundgesundheit und bei der zahnmedizinischen Versorgung international einen Spitzenplatz ein. Darum werden wir von vielen Nachbarländern beneidet. Eine Bürgerversicherung könnte dazu führen, dass am Ende alle schlechter gestellt sind“, meint die AG KZVen.

Leo Hofmeier